

Sitzung vom 14.01.2026

Frage Nr. 304 von Frau COLLING (ECOLO) an Ministerin KLINKENBERG zum Platz der Pflege in unserer Gesellschaft

Es gilt das gesprochene Wort!

Frage:

Im Rahmen des Projekts **Curna**¹ hat die Christliche Krankenkasse kürzlich einen breit angelegten Beteiligungsprozess zur Zukunft des belgischen Gesundheitswesens durchgeführt. Dieser Prozess umfasste eine große Bürgerbefragung, mehrere thematische Rundtischgespräche sowie einen abschließenden Gipfel im November 2025, an dem eine große Zahl von Bürgerinnen und Bürgern beteiligt war. Ziel war es, das Gesundheitswesen wieder stärker ins Zentrum gesellschaftlicher und politischer Entscheidungen zu rücken.

Ausgangspunkt dieses Prozesses war die weit verbreitete Einschätzung, dass das belgische Gesundheitssystem an seine Grenzen stößt – sowohl finanziell als auch menschlich. Die Diskussion beschränkte sich dabei ausdrücklich nicht auf Krankenhäuser oder Pflegeeinrichtungen, sondern stellte die grundsätzliche Frage, wie unsere Gesellschaft künftig „für andere sorgt“.

Ein zentrales Thema waren dabei auch die pflegenden Angehörigen, die heute einen wesentlichen, oft unsichtbaren Teil der Pflege leisten. Ihre Rolle ist entscheidend für die Versorgung älterer und chronisch kranker Menschen, zugleich sind sie überdurchschnittlich häufig von Überlastung, Einkommensverlusten und Armutsrisiken betroffen. Mehrere der verabschiedeten 30 Resolutionen² betreffen Fragen der Prävention, der sozialen Absicherung, der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf sowie der Anerkennung informeller Pflegearbeit und berühren damit auch Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Dazu unsere Fragen:

1. Sind der Regierung die Ergebnisse des Curna-Prozesses bekannt?
2. Welche Empfehlungen aus den verabschiedeten Resolutionen sind aus Ihrer Sicht für die Politik der Deutschsprachigen Gemeinschaft besonders relevant, insbesondere dort, wo sie sich mit den Empfehlungen der Bürgerversammlung überschneiden?
3. Kann sich die Regierung vorstellen, Instrumente der politischen Steuerung wie den *test d'impact sur la pauvreté* (Test der Auswirkungen auf die Armut) künftig auch auf eigene politische Entscheidungen anzuwenden?

¹ <https://caruna.be/fr/traject>.

² <https://caruna.be/fr/resoluties>.

Antwort

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

die Initiative der Christlichen Krankenkasse zur Organisation des Caruna-Gipfels ist äußerst bemerkenswert. Ich möchte der Krankenkasse ausdrücklich dafür danken, eine solche Bürgerinitiative ins Leben gerufen zu haben. Auch in Eupen hat im Juni 2025 ein entsprechender Rundtisch stattgefunden. Im November haben anschließend rund 1.000 Teilnehmer in Brüssel die verschiedenen Themen diskutiert und in etwa 30 Resolutionen festgehalten.

Die Leiterin des Fachbereichs Gesundheit und Senioren des Ministeriums hat an dem Treffen in Eupen teilgenommen. Aufgrund einer Erkrankung konnte der Fachbereich im November allerdings nicht anwesend sein. Ich wurde aber ausführlich über die Ergebnisse informiert, die ich insgesamt als sehr interessant bewerte. Einige Punkte überschneiden sich tatsächlich mit den Bürgerempfehlungen im Seniorenbereich. So soll beispielsweise die Raumplanung soziale Kriterien berücksichtigen, um Dritort und Begegnungen zu fördern. Auf lokaler Ebene soll dafür gesorgt werden, dass öffentliche und private Räume als Treffpunkte für Vereine, Gruppen usw. offenstehen. Das Fördern von Begegnungen, von generationenübergreifendem Austausch und aktiver Teilhabe an der Gesellschaft kristallisiert sich auch deutlich als Wunsch des Bürgerdialogs heraus. Ein weiterer Punkt betrifft die Volksgesundheit: Gesund leben muss für jeden Belgier selbstverständlich werden. Dazu muss Gesundheitskompetenz von klein auf vermittelt werden. Es geht darum mit Botschaftern und Influencern bereits im Schulalter, aber auch am Arbeitsplatz, in der Freizeit und im Nachbarschaftsleben mit gutem Beispiel voranzugehen. Dies sind nur einige der interessanten Ansätze, die den Empfehlungen des Caruna-Gipfels zu entnehmen sind.

Sicherlich sollten politische Maßnahmen immer auch mit Blick auf ihre Auswirkungen auf die Armutsbekämpfung getroffen und evaluiert werden. Deshalb werden wir gerne nähere Informationen zu dem von Ihnen zitierten Test einholen und die Erfahrungen der anderen Gliedstaaten mit dem Tool beobachten. Auf föderaler Ebene existieren mit Blick auf die Armutsbekämpfung Maßnahmen in der Gesundheitspolitik wie etwa das MAGER-System oder der Pauschalzuschuss für chronische Krankheiten. In Ostbelgien gibt es beispielsweise das Seniorenpflegegeld sowie einkommensabhängige Eigenbeteiligungen in der Kinderbetreuung oder bei der Familien- und Seniorenhilfe. Verschiedene Akteure – unter anderem die Sozialdienste der Krankenkassen – arbeiten sehr bürgernah und können unmittelbar unterstützen, etwa durch Hinweise auf bestehende Hilfsangebote, einschließlich der Hilfeleistungen der Sozialhilfezentren.

Zudem erscheint regelmäßig der Armutsbericht, der die Situation in Ostbelgien analysiert und die Ergebnisse des Armutsmonitorings einbezieht.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!